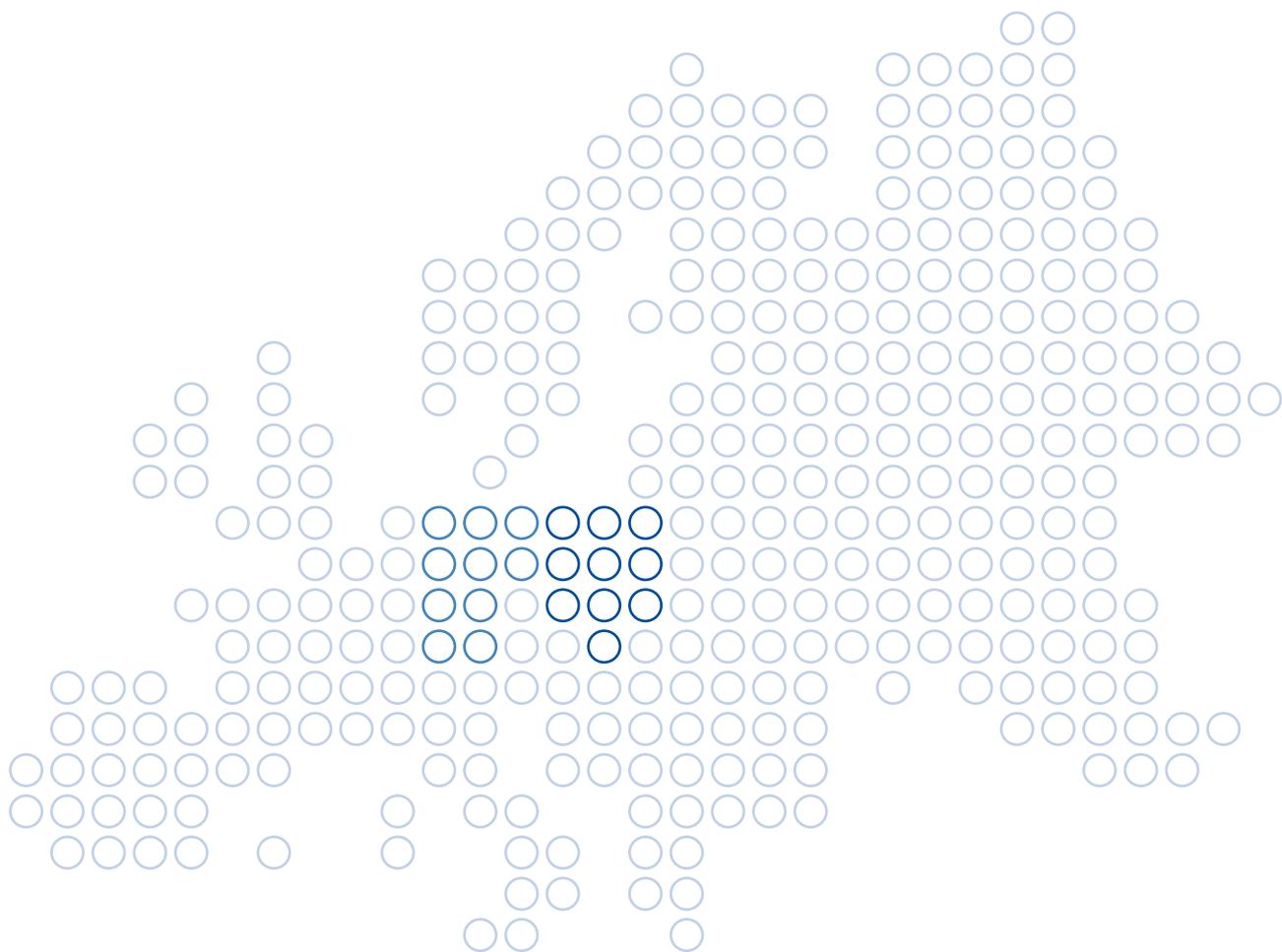


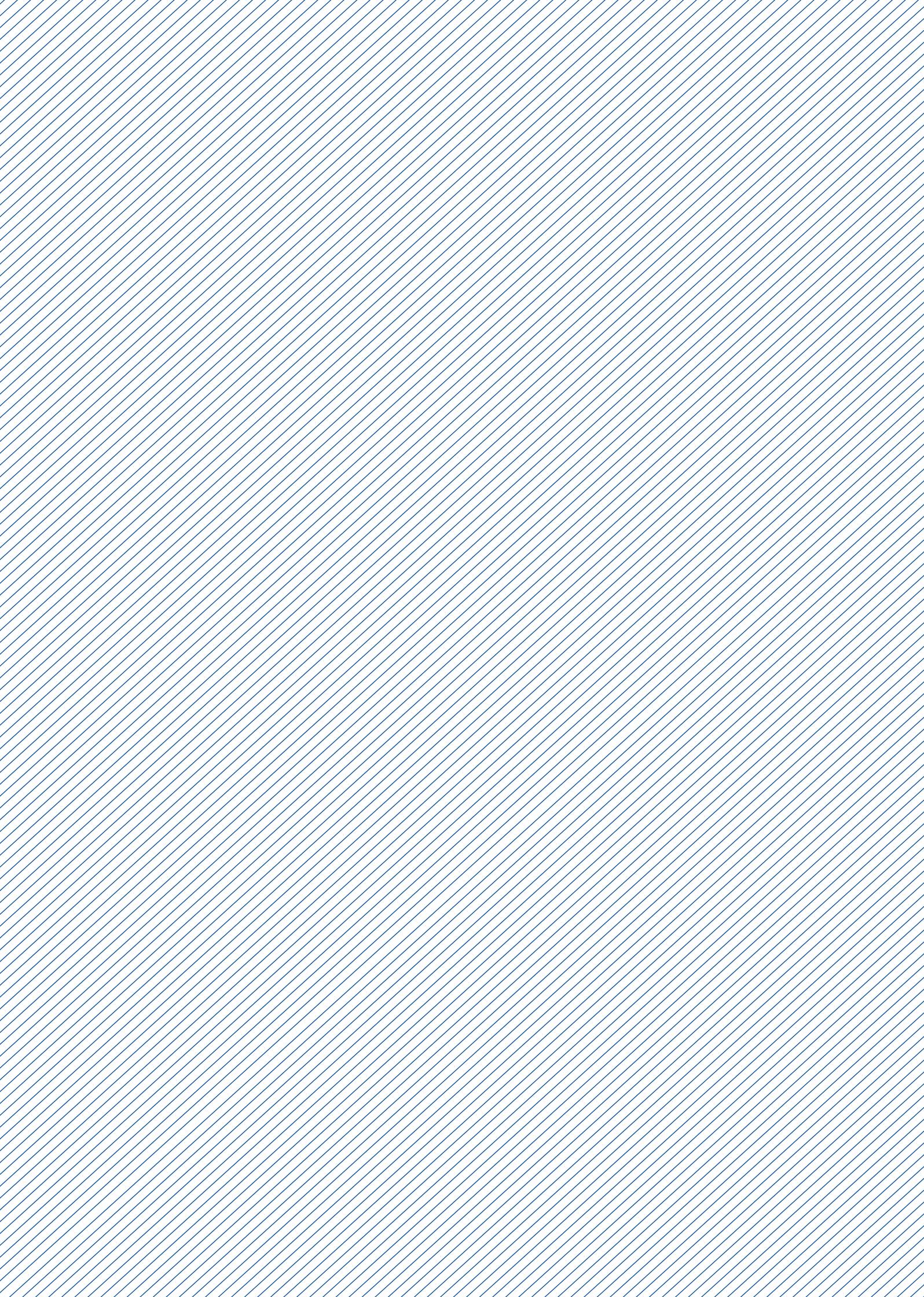


DEUTSCHLAND  
UND POLEN  
GEMEINSAM  
FÜR EINE SOLIDARISCHE  
ZUKUNFT  
IN EUROPA





**DEUTSCHLAND  
UND POLEN**  
GEMEINSAM  
FÜR EINE SOLIDARISCHE  
ZUKUNFT  
IN EUROPA



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung</b> .....	4
<b>Wirtschaft, Finanzen und Haushalt</b> .....	6
<b>Arbeit und Soziales</b> .....	10
<b>Die europäische Innenpolitik oder: „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“</b> .....	14
<b>Energie und Klima</b> .....	18
<b>Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft</b> .....	23
<b>Erweiterungspolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik</b> ....	26
<b>Bilaterale Beziehungen</b> .....	31
<b>Fazit und Ausblick</b> .....	34
<b>Literatur</b> .....	35

# Einleitung

---

Unser heutiges Europa ist ein einzigartiger Raum von Frieden, Freiheit und auch Wohlstand. Gleichwohl besteht mehr denn je akuter Handlungsbedarf, wenn man diesen Zustand künftig halten und Europa noch weiterentwickeln möchte. Soziale Ungleichheiten, Armut sowie Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe haben in der Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltskrise noch weiter zugenommen. Es gilt, sie dringend wirkungsvoll an der Wurzel zu bekämpfen, bevor sie zu noch größeren gesellschaftlichen wie politischen Spannungen führen und auch der Frieden oder die Freiheit gefährdet werden. Über den richtigen Weg darf gestritten werden. Festzuhalten bleibt aber, dass die Lösung für die Überwindung vergangener Krisen nie in nationalen Alleingängen zu finden war, sondern immer in verstärkter Solidarität und einem Mehr an Europa.

Inzwischen stellt die durch gemeinsame Interessen und Werte sowie gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit gewachsene deutsch-polnische Partnerschaft eine Chance für die Reform Europas dar. Deutschland und Polen können sich als konstruktiv kooperierende Partner gemeinsam für Reformen im Sinne einer stabilen Zukunft Europas einsetzen. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben von der europäischen Einigung enorm profitiert. Sie sind heute so frei wie nie zuvor von Unstimmigkeiten und historischen Lasten. Es ist gut, dass die alte Symbolpolitik zunehmend konkreten Formen der Zusammenarbeit gewichen ist. Als junge Polen und Deutsche sind wir uns der Geschichte bewusst und wollen verantwortungsvoll europäische Zukunft gestalten. Unter dem europäischen Dach vereint, haben wir vor allem eines gemeinsam: wir sind Bürgerinnen und Bürger Europas. Mehrsprachigkeit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Mobilität und deutsch-polnische Freundschaft sind für uns auf beruflicher und persönlicher Ebene heute der glückliche Normalzustand. Gleichzeitig ist damit die Herausforderung verbunden, nicht zu viel bilaterale Routine in das Verhältnis einziehen zu lassen. Deshalb stellen wir uns die Frage, wie Polen und Deutsche auf Grundlage ihrer Erfahrungen sich jetzt für ein solidarisches Europa stark machen können. Es muss vor allem darum gehen, gemeinsame Werte, Interessen und Ziele zu identifizieren und konstruktiv an ihrer Verwirklichung zu arbeiten, sei es bilateral oder im europäischen Rahmen.

Die Weiterentwicklung der europäischen Integration auf Basis von Gerechtigkeit, Solidarität und Zusammenhalt sollten in der Politik Polens wie Deutschlands eine Priorität darstellen. Dies würde nicht nur zu einer Verbesserung



der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch zu politischer Stabilität führen. Als Ziel haben wir eine Europäische Union vor Augen, die durch vertiefte Integration eine echte politische Union bildet, neue Wege des gemeinsamen Handelns einschlägt und sich mehr zutraut. Dafür müssen auch neue EU-Kompetenzen geschaffen werden. Die Gemeinschaftsmethode stellt den richtigen verfahrenstechnischen Weg dar, da sie sich durch ein Kräftegleichgewicht der europäischen Institutionen und die Fähigkeit zur Kompromissbildung auszeichnet. Sie legt somit das Hauptaugenmerk auf die EU-Bevölkerung als ganze und nicht auf mitgliedstaatlichen Einzelinteressen. Mittelfristig wären transeuropäische Listen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vor diesem Hintergrund willkommen zu heißen. Dabei sind eine weitere Demokratisierung der EU im Inneren und eine viel intensivere Teilhabe der europäischen Zivilgesellschaft für die EU überlebenswichtig.

Der demokratisch legitimierte Politik muss der Vorrang vor den Märkten zurückgegeben werden – dies zu erreichen ist Aufgabe der Politik selbst. Derzeit lautet das Credo zur Lösung der drängendsten Probleme der EU vor allem: Kürzen, wo immer gekürzt werden kann bei gleichzeitiger Konzentration auf wettbewerbsgetriebenes Wachstum bzw. sogenannte „Wettbewerbsfähigkeit“. Bislang lief diese Strategie vor allem auf Einbußen in öffentlichen Haushalten, bei Renten, Gehältern, Bildungsausgaben, Infrastruktur und letztlich auf ein Weniger an sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit hinaus. Wachstum wird in den meisten Debatten auf den Wettbewerbsgedanken beschränkt. Wir sehen zur endgültigen Überwindung der Krise und Fortentwicklung der EU jedoch auch ein Wachstum an gemeinsamer Abstimmung, Solidarität, Chancengleichheit, Bildung, ökologischer Orientierung, Bürgernähe und Partizipation als ebenso wichtig an. Die Finanzkrise zeigt deutlich, dass mangelhafte oder gar fehlende Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik das europäische Projekt ernsthaft gefährden kann.

Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union gehört zweifelsfrei zu den größten Errungenschaften in der Geschichte Europas. Polen und Deutschland haben als bedeutende Akteure der europäischen Politik eine besondere Verantwortung für die Geschicke der EU. Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des deutsch-polnischen Progressiven Netzwerks, nehmen die Herausforderung an und stellen hierfür in diesem Papier unsere Analyse und politischen Visionen vor und entwickeln konkrete Handlungsempfehlungen für ausgewählte Politikfelder.



# Wirtschaft, Finanzen und Haushalt

---

Wir wollen eine EU, die gemeinschaftlich und entschlossen die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise angeht. Sie verhindert mit Nachdruck, dass die gemeinsame Währung und die Stabilität der Gemeinschaft Spielball von Spekulation und Gier wird. Dazu gehört Solidarität zwischen den europäischen Ländern ebenso wie die Einhegung des bisweilen als „Raubtierkapitalismus“ bezeichneten Gebarens auf den internationalen Finanzmärkten. Die EU der Zukunft ist wirtschaftlich erfolgreich, stützt sich aber nicht allein auf wettbewerbsgetriebenes Wirtschaftswachstum: Soziale und ökologische Grundsätze bilden den Rahmen für ihr wirtschaftliches Handeln. Deutschland und Polen sollten für diese EU jetzt die Weichen stellen.

---

## Schuldenabbau und Finanzmarktkrise

Die konservativ-liberalen Regierungen Deutschlands und Polens haben in den letzten Jahren vor allem auf die Bekämpfung von Strohfeuern durch eine Mischung aus rigiden Sparpolitiken für die sog. „Krisenländer“ sowie kurzgedachte Rettungsschirme gesetzt. Deutschland hat maßgeblich dazu beigetragen, diese Linie in der EU zu behaupten. Die drastische Lage in den krisenbelasteten Ländern Südeuropas beweist jedoch, dass die restriktive Ausgabenpolitik viele Probleme und Schief lagen weiter verschärft, gerade im sozialen Bereich und auf dem Arbeitsmarkt. Doch auch zur Senkung der Schuldenquote ist diese Methode am Ende falsch, wenn weder genügend Investitionen noch Konsum realisiert werden. Um langfristige Lösungen für die überschuldeten Staaten zu finden, sollte dringend ein europäischer Fonds für die Abwicklung von Altschulden geschaffen werden, zu dem grundsätzlich jedes in Schwierigkeiten geratene europäische Land Zugang haben sollte. Es sollten zudem so bald wie möglich antizyklische Wachstumsimpulse durch qualitativ sinnvolle und beschäftigungsfördernde Investitionen folgen, so beispielsweise in grüne Industrien mit europäischen Standorten, den Ausbau erneuerbarer Energieproduktion, moderne Infrastruktur und in die jeweiligen Bereiche, welche in den betroffenen Krisenländern als besonders chancenreich und stabilisierend gelten. Die Finanzmärkte in der EU bedürfen dringend einer Re-Regulierung

und einer Finanzmarkttransaktionssteuer. Die EU sollte es sich darüber hinaus zur Aufgabe machen, auch außerhalb ihrer eigenen Grenzen für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einzutreten.

## Die Eurozone braucht mehr Integration und eine Assoziierung von künftigen Euroländern

Eine neue Stufe der europäischen Integration ist zumindest in der Eurozone unabdingbar, möchte man die Währungsunion dauerhaft stabilisieren. Wo ein gemeinsamer Binnenmarkt existieren kann und soll, müssen auch andere Politikfelder vergemeinschaftet werden. Hier müssen weitere Schritte für die Verwirklichung einer echten politischen Union – inkl. einer gemeinsamen Wirtschafts-, Haushalts- und Finanz- bzw. Fiskalpolitik sowie Sozialpolitik – gegangen werden. Unter diesen Vorzeichen sollte die sog. „Gemeinschaftsmethode“ als Gegenstück zum „Intergouvernementalismus“ in den bisher vernachlässigten Bereichen politisch schrittweise eingeführt werden. Deutschland und Polen sollten sich dabei gemeinsam für einen echten europäischen „sozialen Stabilitätspakt“ einsetzen, der den unzureichend auf Sparpolitik ausgerichteten Fiskalpakt um den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ergänzt. Als Ziel würde dieser die sozialen Folgen der Krise umfassend adressieren und aktuelle sozioökonomische Ungleichgewichte in Europa reduzieren. Das um sich greifende Sozialdumping würde zudem verringert werden, z. B. durch Mindestlohnkorridore, eine gemeinsame, konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage oder eine Bindung der Sozialausgaben (inkl. Bildung und Kultur) an die Wirtschaftsentwicklung.

Wo noch keine Harmonisierung möglich ist, sind bestimmte Korridore (flexible Spannen) oder gemeinsame Bemessungsgrundlagen (relative Vergleichsgrößen) als Zwischenlösungen notwendig. Im Bereich der Banken- und Finanzmarktregulierung sollte die Politik die Oberhand behalten und eine finanzpolitische Governance schaffen, mit der die Märkte den Bürgerinnen und Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Notfalls müssen auch in Europa Banken „abgewickelt“ werden können. Spekulationen auf Staatsanleihen sollten unmöglich werden – Eurobonds könnten hierfür eine Lösung bieten. Neben Mindestlohnkorridoren fordern wir für die Eurozone einen „außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt“, der den Euro-Ländern kein Leistungsbilanz-Ungleichgewicht von mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erlaubt, weder als Defizit noch als Überschuss. Eine Anpassung der nationalen Fiskal- und Lohnpolitiken könnte in Krisenzeiten als makroökonomischer Ausgleichsmechanismus bei Leistungsbilanzungleichgewichten greifen. In Deutschland muss der Binnenkonsum weiter angekurbelt werden – hierfür sind steigende Reallöhne unabdingbar. Eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung würde eine



solidarische Unterstützung für die Bevölkerung in den vom Konjunkturerbruch betroffenen Ländern darstellen, ihre Lebensbedingungen wieder verbessern sowie helfen, die konjunkturzyklisch auftretenden Ungleichgewichte zu reduzieren. Jegliche dieser Maßnahmen sollten in möglichst engem Schulterschluss und unter Beteiligung der Nicht-Euroländer umgesetzt werden.

Die polnischen Pläne zum Beitritt in die Eurozone verschieben sich stetig weiter in die Zukunft. Dies hängt unter anderem mit der wirtschaftspolitischen Lage Europas zusammen. Dennoch sollte eine möglichst enge Assoziation und Abstimmung mit Polen sowie anderen am Beitritt zur Eurozone interessierten Nicht-Euro-Staaten („Pre-ins“) in allen wirtschafts- und währungspolitischen Fragen der Eurozone etabliert werden. Das Interesse Polens, einbezogen zu werden, zeigte sich auch deutlich während Polens EU-Ratspräsidentschaft 2011. Diesem sollte weiterhin nachgekommen werden, damit eine enge Zusammenarbeit in allen Eurogremien entsteht, deren letzte Konsequenz dann der Eurobeitritt ist. Deutschland sollte eine solche Assoziation mit den Pre-ins mit Nachdruck unterstützen. Gerade ein Beitritt Polens zur Eurozone wäre für die gemeinsame Währung ein positiver Impuls und ein Stabilitätsfaktor.

## Progressives Wachstum

Das Wirtschaftswachstum in seiner derzeitigen Form ist nicht länger zeitgemäß und hat negative Auswirkungen auf unsere Umwelt und unser soziales Umfeld. Progressives Wachstum muss einerseits heißen: die Entkopplung der Wohlfahrtentwicklung vom Verbrauch natürlicher Ressourcen und andererseits Wachstum auch in anderen Lebensbereichen – Wachstum an Bildung, Partizipation und Lebensqualität. Derzeit stehen die meisten Lebensbereiche unter dem Primat der Ökonomie, die Vermarktlichung der eigenen Person scheint gesetzt. In unserem Europa der Zukunft sind die individuellen Zeitressourcen gerechter verteilt und werden für verschiedene Ziele der Erwerbsarbeit, der Sorgearbeit, der ideellen Arbeit, der politischen Partizipation und der Muße eingesetzt. In den einzelnen Ländern ist der hierfür notwendige kulturelle Wandel unterschiedlich weit fortgeschritten. Einzelne europäisch koordinierte Maßnahmen wie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten oder Anreize für Unternehmen, Sabbaticals anzubieten, könnten diesen Prozess beschleunigen. Das ökonomische Wachstum muss so angelegt sein, dass die Natur nicht vernutzt, sondern für zukünftige Generationen erhalten wird. Das Wachstum sollte stets inklusiv ausgerichtet sein – d.h. möglichst allen gesellschaftlichen Gruppen zu Nutze kommen – und das nicht lediglich innerhalb von theoretischen Strategien wie Europa 2020, sondern faktisch. Eine anhand dieser Maßgaben ausgerichtete europäische Investitionsstrategie kann die wirtschaftliche mit der gesellschaftlichen Entwicklung versöhnen. Dies gilt

auch für den globalen Kontext, in dem die EU handelt. Es muss ein viel stärkerer Fokus auf fairen Handel mit den Schwellen- und Entwicklungsländern gelegt werden. Asymmetrische Handelsschranken, die die entwickelten Länder vor leistungsfähiger Konkurrenz aus den Schwellen- und Entwicklungsländern schützen, müssen abgebaut werden. Wachstum in Europa, das auf Ausbeutung und Zerstörung heimischer Märkte in anderen Weltregionen aufbaut, ist schlechtes Wachstum und hat letztlich auch wieder negative Auswirkungen auf Europa.

Hierzu ist ein Umdenken aller unausweichlich und das Umschalten auf allen politischen Ebenen dringlich. Ziel wäre z. B. ein Auditing progressiven Wachstums als neue Marktstrategie für Unternehmen. Öffentliche Aufträge sollten daher vorrangig an Unternehmen vergeben werden, die ein neues progressives sozial-ökologisches Wachstumsmodell verfolgen. Wissenschaftliches Know-how sollte im Hinblick auf notwendige Innovationen eng eingebunden werden. Deutschland und Polen sollten sich dafür einsetzen, dass Europa eine Vorreiterrolle beim progressiven Wachstum in der Welt einnimmt und somit auch zur Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie und des Handels beiträgt.

## Wir brauchen einen höheren EU-Haushalt

Wenn Europa die Krise endgültig überwinden möchte, muss die EU über einen angemessen ausgestatteten Haushalt verfügen können. Bisher ist dieser verglichen mit nationalen Budgets klein, dabei werden gerade hierdurch der notwendige regionale Zusammenhalt in Europa befördert und Synergien geschaffen. Wo europäische Aufgaben bestehen, müssen auch europäische Mittel vorhanden sein, dies fordert auch stets das Europäische Parlament. Dabei sollten vor allem Ausgaben im sozialpolitischen Bereich, für Bildung und Kultur erhöht werden. Polen und (Ost-)Deutschland haben in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen mit den Kohäsionsmitteln gemacht. Es ist sinnvoll, diese als regionalen Ausgleichsmechanismus in Zeiten der Krise und als Investitionsmaßnahme zu erhöhen und effektiver zu gestalten. Auch die Haushaltseinnahmen-Seite muss reformiert und ausgebaut werden. Hier sehen wir Handlungsoptionen bei der durchzusetzenden Finanzmarkttransaktionssteuer, deren Einnahmen in den EU-Haushalt fließen sollten. Damit würden die Gläubiger stärker zur Verantwortung gezogen. Eine zusätzliche EU-weite Vermögenssteuer würde Kapitalvermögen für die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben heranziehen und die steuerliche Ungleichbehandlung mit Arbeitseinkommen abmildern.



# Arbeit und Soziales

---

Wir wollen eine EU, in der das europäische Sozialmodell, basierend auf Gerechtigkeit, Solidarität und gesellschaftlicher Teilhabe, gegenüber neoliberalen Eingriffen verteidigt und mit Hilfe der „Gemeinschaftsmethode“ weiter ausgebaut wird. Die EU der Zukunft gewährt allen Zugang zu guter Bildung, guter Arbeit und sozialer Absicherung. Sie bietet Bürgerinnen und Bürgern gleich welchen Alters eine Zukunftsperspektive. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich frei in der EU bewegen. Gewerkschaften tragen dem Rechnung und erweitern ihren Handlungsspielraum über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus.

---

## Das soziale Europa in der Krise

Der Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, den viele Länder in der EU mit ihren unterschiedlichen Wohlfahrtssystemen gefunden haben, droht verloren zu gehen. Die Sozialstandards haben in den meisten Ländern aufgrund der aktuellen Krise stark gelitten. Arbeitslosigkeit, Armut sowie die weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, bröckelnde Sozialversicherungssysteme, eine Zunahme von Diskriminierungsfällen und der Verlust gesellschaftlicher Teilhabechancen sind in der EU weit verbreitet. Ganze Generationen drohen verloren zu gehen. Die Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten EU, insbesondere in Südeuropa, hat noch nie da gewesene Ausmaße angenommen. Bereits vor der Krise nahm jedoch die Zahl schlecht bezahlter, befristeter und prekärer Jobs rasant zu. In Polen ist jedes dritte Arbeitsverhältnis, in Deutschland bereits jedes zweite neue Arbeitsverhältnis befristet. Auf diese Weise wird es nicht zuletzt jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erschwert, eine Zukunft aufzubauen und an die Vorzüge Europas zu glauben.

Unsere Vision von Arbeit in der Zukunft beinhaltet eine Abkehr von der stillschweigenden Duldung schlecht bezahlter und perspektivloser Jobs und die Forderung nach Mindestlöhnen, die oberhalb der sozialen Armutsgrenze liegen. Wir wollen ein soziales solidarisches Europa. Darin hat Sozialdumping keinen Platz. Wir wünschen uns ein Europa, in dem jede und jeder Arbeit hat und von dieser auch ihren oder seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Das

heißt: eine Zusage vor allem an die Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz, altersgerechte Arbeitsplätze und ein Recht auf Weiterbildung. Das heißt aber auch lebensphasengerechte Gestaltung von Arbeit. Bisher bestehen vereinzelt Programme, die die Vereinbarkeit von verschiedenen Lebensanforderungen wie Arbeit mit Erziehungszeiten und Pflege von kranken und älteren Familienmitgliedern erleichtern sollen, es fehlt jedoch bei den meisten Unternehmen noch an der Einsicht, dieses neue Leitbild mitzutragen.

Neben der Politik stehen auch die Unternehmen in der Verantwortung für die Situation am europäischen Arbeitsmarkt. Eine Rückverlagerung von Produktion nach Europa ist ein Appell, der dringend an große Unternehmen, die vor allem außerhalb der EU produzieren, gerichtet werden muss. Auf politischer Ebene können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Unternehmen derartige Entscheidungen erleichtern.

## Mehr tun für die Jugend Europas

Die beim Europäischen Rat im Juni 2013 zugesagte Unterstützung für arbeitslose Jugendliche, aber auch das Programm der Europäischen Kommission „Youth on the move“ mit der „Your-first-EURES-job“-Initiative sind zwar Schritte in die richtige Richtung, wirken aber bisher eher wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt und keine Maßnahmenpolitik. Die EU sollte die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Das wird sicher nicht möglich sein ohne eine gestiegene Gemeinschaftskompetenz der EU für die Arbeits- und Sozialpolitik.

Durch eine monetäre Ausbildungsabgabe, die anfällt, wenn keine Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, könnten beispielsweise flächendeckend schulische Berufsausbildungen finanziert werden. Es wäre zudem sinnvoll, verstärkt in europäische Praktikums-, Austausch- und Freiwilligenprogramme zu investieren, um die Mobilität innerhalb Europas zu fördern, damit junge Bürgerinnen und Bürger europäische Erfahrungen und praktische Fähigkeiten sammeln können. Letzten Endes ist dies eine Frage der Solidarität: Mobilität muss, wo nötig und gewünscht, gefördert und erleichtert werden. Die Unterstützung vor Ort durch die EU ist jedoch ebenso angezeigt, damit die jeweiligen Länder ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder eine Perspektive anbieten können.

## Arbeiten im 21. Jahrhundert

Im Europa der Zukunft ist Arbeit solidarischer zwischen den Geschlechtern verteilt und den jeweiligen Lebensphasen angepasst. Qualität der Arbeit, Hu-



manisierung und Autonomie in der Arbeit sind nicht nur Ziele, sondern bestimmen den Arbeitsalltag, mit ganzheitlichen Arbeitsaufgaben. Die gegenwärtige Re-Taylorisierung, die Quasi-Fließbandarbeit auch im Dienstleistungsgewerbe, ist überwunden. Berufliche Wechsel und Beschäftigungsfähigkeit werden durch subjektiv gelingende Erfahrungen von Veränderung und Erfolg ermöglicht, hierfür bedarf es bereits in der Schule partizipativer Gestaltungsmöglichkeiten, die Angst vor neuen Herausforderungen nehmen. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie werden gelebt. Damit ist auch die Macht der transnationalen Unternehmen beschränkt und Sozialdumping wird verhindert.

Schritte in diese Arbeitswelt ergeben sich über einen verbindlichen Mindestlohn, der in jedem Land das soziale Existenzminimum garantiert, über neue Formen der Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenvertretung gegenüber transnationalen Unternehmen sowie dank expansiver Förderung von innovativer Arbeitsforschung und Anwendungsprojekten in den Betrieben.

## Arbeitsmobilität ohne Tücken

Mit dem europäischen Grundrecht auf Freizügigkeit geht die ungehinderte Mobilität von Arbeitskräften in Europa einher. Die Mobilität kann durch eine beschleunigte Anerkennung der schulischen Abschlussdiplome in allen EU-Ländern verbessert werden. Um jedoch nicht nur die ökonomischen Gewinne dieser Binnenmarktfreiheit zu ernten, sondern für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dadurch keine Nachteile zu provozieren, ist diese Mobilität sozialverträglich zu gestalten. Es kann nicht angehen, dass die Binnenmarktfreiheiten höherrangig behandelt werden als Arbeits- und Sozialstandards. Unerwünschte soziale Ausbeutungseffekte gilt es durch gewerkschaftliches Eingreifen zu verhindern. Hierbei sollte in Europa unbedingt der Gleichbehandlungsgrundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt und eingehalten werden – und in Deutschland muss endlich ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Einem eventuellen Scheitern der Integration von Arbeitssuchenden sollte grundsätzlich durch hohe sozialrechtliche Standards weitgehend vorgebeugt werden. Ausländische Arbeitssuchende sollten durch europäische Mittel bei ihrer Integration im neuen Land unterstützt werden. In diesem Zusammenhang wäre der Ausbau von existierenden Angeboten (z. B. EURES) zu umfassenden Beratungsstellen sinnvoll.

Es gilt als erwiesen, dass das besser ausgestattete soziale Netz in Westeuropa für junge Polinnen und Polen den entscheidenden Anreiz für die Auswanderung in das EU-Ausland darstellt. Umso mehr zeigt sich, dass eine Harmoni-



sierung der Sozialpolitik auf hohem Niveau viele Probleme lösen würde. Die EU-Freizügigkeit und der gesamte gemeinsame Binnenmarkt sollten dadurch mittelfristig unbedingt begleitet werden.

## Sozialer Dialog

Der soziale Dialog ist bisher weitgehend nationalstaatlich organisiert. Auf europäischer Ebene finden zumeist nur Konsultationen statt. Für ein solidarisches Europa ist es notwendig, auf europäischer Ebene handlungsmächtig zu werden. Das heißt konkret: Verhandlung europäischer Kollektivverträge und europäischer Tarifverträge. Mindestlöhne und Lohnsteigerungen sollten sich am BIP und dessen Zuwächsen orientieren. Hierfür ist der Aufbau transnationaler Gewerkschaften, die in ihrer Wirkmacht über diejenige von Verbänden hinausgehen, unvermeidlich. Hilfreich für die Stärkung von Gewerkschaften als zentrale Akteure für diese Form sozialer Gerechtigkeit sind mehr Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften.

## Wohnen und kommunale Daseinsvorsorge

Die kommunale Daseinsvorsorge ist wie viele andere öffentliche Versorgungsbereiche ausgetrocknet. Die Privatisierung der Wasserbetriebe ist nur das letzte Beispiel in einer langen Kette des Rückzugs des Staates aus seiner Verantwortung für lokale öffentliche Dienstleistungen. Innenstädte werden kommerzialisiert, während Stadtteilbibliotheken und Schwimmbäder geschlossen werden. Die Mieten und Immobilienpreise sind vielerorts derart gestiegen, dass soziale Verdrängungsprozesse nicht mehr aufzuhalten sind. Für Kommunen ist nicht nur die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus dringend geboten, auch eine staatliche Regulierung des Wohnungsmarktes mit Mietobergrenzen, die die Vielfalt von Stadtteilen nicht gefährden und die der Spekulation mit Immobilien Einhalt gebietet, tut Not. Vielerorts müssen sich Städte zudem an den demographischen Wandel anpassen, hier sind öffentlich geförderte Projekte, die generationsübergreifendes Wohnen möglich machen, auch ein Beitrag zu mehr Lebensqualität im Alter und Entlastung der Sozialversicherungen. Einnahmen aus einer EU-weiten Vermögenssteuer könnten am Ende zur Finanzierung von Aufgaben der Kommunen und Regionen herangezogen werden.



# Die europäische Innenpolitik oder: „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“

---

Wir wollen eine EU, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit gibt – jedoch nicht um den Preis einer Beschneidung von Freiheit und Privatsphäre. Unsere EU der Zukunft ist nach innen wie nach außen hin offen, die Errungenschaft des Abbaus nationaler Grenzen stellt sie nicht in Frage. Sie schottet sich nicht ab, sondern geht verantwortungsbewusst, durchdacht und fair mit Migrantinnen und Migranten sowie Asylbewerberinnen und -bewerbern um.

---

## Wirksamer Datenschutz für Europäerinnen und Europäer

Nicht zuletzt der NSA-Überwachungsskandal beweist, dass dringender Handlungsbedarf beim Schutz der Daten von Europäerinnen und Europäern besteht. Dieser ist ein hohes demokratisches Gut – der Schutz personenbezogener Daten gar ein bürgerliches Grundrecht. Unsere heutige Welt darf hierbei nicht hegemonialen Regeln unterworfen sein. Auch Geheimdienste und ihre Kooperationspartner müssen einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen, welche den Grundsatz des Gleichgewichts zwischen Sicherheit und Freiheit respektiert und freiheitliche Rechte nur im konkreten Verdachtsfall beschränkt. Zur Aufklärung der aktuellen Faktenlage eignet sich ein wirkungsvoller – und durchaus auch ein gemeinsamer europäischer – Untersuchungsausschuss beim Europäischen Parlament.

Das digitale Zeitalter erfordert passende Antworten auf die notwendige Balance zwischen den Sicherheits- sowie Nutzer- und Nutzerinnenbedürfnissen bzw. Wirtschafts- sowie Verbraucher- und Verbraucherinnen-Interessen.



Globalverdacht und flächendeckende Ausspähung gehören keinesfalls dazu. Wenn Daten gespeichert werden sollen, etwa, bei Vorratsdaten oder Passagierdaten, zwecks möglicher Aufklärung von kriminellen Vergehen, darf dies zwingend nur im kleinstmöglichen und gesetzlich festgelegten Rahmen geschehen. Die Speicherung von Daten aus rein ökonomischen Gründen sollte ebenso strikt reguliert werden. Auf EU-Ebene sollte die aktuelle Datenschutz-Reform dem Schutz der personenbezogenen Daten vor kommerziellen Unternehmensinteressen eindeutig Vorrang gewähren. Gemeinsam mit anderen EU-Partnern muss von Deutschland und Polen bei der bisher wirksamen Kommissionsentscheidung – die ironischerweise den Namen „Safe Harbor“ trägt – auf eine Überarbeitung gedrängt werden, denn sie ist für die EU einseitig nachteilig. Auch die Strafverfolgung innerhalb der EU sowie zwischen der EU und den USA bedarf eindeutiger datenschutzrechtlicher Grenzen.

Deutschland und Polen sollten sich für ein internationales Abkommen einsetzen, welches gesetzliche Standards für die Gewährleistung des Datenschutzes für Verbraucherinnen und Verbraucher unabhängig von wirtschaftlichen oder (sicherheits-)politischen Interessen implementiert. Bei dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA müssen zunächst hohe datenschutzrechtliche Standards zugesichert werden – auf keinen Fall darf der Datenschutz dem Freihandel geopfert werden. Bei bereits in Kraft getretenen Abkommen wie SWIFT sollte die laufende Übermittlung der Bankdaten bis zur Aufklärung eingefroren werden, da die US-Geheimdienste den jüngsten Erkenntnissen nach in diesem Zusammenhang rechtswidrig uneingeschränkt auf Daten von EU-Bürgerinnen und Bürgern zugreifen.

## Europa ohne Grenzen: Restriktionen sind ein Rückschritt für Europa

Die Offenheit der innereuropäischen Grenzen ist eine so grundlegende Errungenschaft und eine der im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger spürbarsten Konsequenzen der europäischen Integration, dass ein restriktiver Rückschritt der Europäischen Union viel von ihrem Charakter nehmen würde. Dennoch wurde diese Errungenschaft in der Vergangenheit von manchem Mitgliedstaat in Abrede gestellt – es fanden gar dem EU-Recht nach illegale, eigenmächtige Grenzkontrollen seitens einzelner Mitgliedstaaten statt.

Die zuletzt vollzogene Reform des Schengen-Systems ist zwiespältig. Sie brachte einerseits mehr Rechtssicherheit und Durchgriffsbefugnisse für die EU-Kommission, andererseits festigt sie einige restriktive Ausnahmen. Es stellt sich ernsthaft die Frage, ob die Reform notwendig war oder ob bisherige Ausnahmetatbestände gegebenenfalls ausreichend gewesen wären. Daher ist sie nach ihrer Implementierung ab 2014 zeitnah auf ihre Einschränkung

bzgl. der Personenfreizügigkeit und Reisefreiheit zu überprüfen. Polen und Deutschland sollten sich zudem dafür einsetzen, Rumänien und Bulgarien den Schengen-Beitritt, nun da die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, zu ermöglichen und unsachgemäße, populistische Blockaden abzubauen.

## In der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind Reformen fällig

Nicht erst seit der Katastrophe von Lampedusa besteht dringender Handlungsbedarf, um Flüchtlingen Schutz und ein würdiges Leben, schnelle Asylverfahren und den Erstaufnahmestaaten die nötige solidarische Unterstützung der übrigen EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Selbstverständlich sind darüber hinaus gerade in Bezug auf Afrika die Ursachen von Flucht und Armut zu bekämpfen – sei es durch Fortschritte bei der Doha-Welthandelsrunde, um Afrika nicht länger von den europäischen Märkten abzuschotten oder durch den Ausbau und die faire Ausgestaltung von sog. „Mobilitätspartnerschaften“, die auch legale Migrationsmöglichkeiten beinhalten sollten. Oftmals sind jedoch Kriege oder Bürgerkriege Hauptursache dafür, dass Menschen ihr Leben riskieren, um die Chance auf eine bessere Zukunft in Europa zu ergreifen. Hier muss sich jedes EU-Land in der Verantwortung fühlen und solidarisch zeigen ebenso wie die EU als Ganzes. Sicherheitsinteressen sollen niemals vor menschen- und flüchtlingsrechtlichen Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention Vorrang haben dürfen. Wenn Seenotrettung notwendig ist, so muss sie sowohl von FRONTEX wie von den EU-Mitgliedstaaten gewährleistet werden, damit Menschen in Seenot geholfen wird. Das Gegenteil passiert, wenn auf hoher See Flüchtlingsboote von FRONTEX oder dem nationalen Grenzschutz zurückgedrängt werden. Polen – wo sich der Hauptsitz von FRONTEX befindet – und Deutschland sollten sich dafür stark machen, dass FRONTEX menschenrechtliche Standards einhält, statt stillschweigend oder unfähig Verletzungen der Menschenrechte zu dulden. Hierfür sind FRONTEX-Beamte und Beamtinnen entsprechend zu schulen, damit sie um die Rechte der Flüchtlinge wissen. Grundsätzlich sollte die demokratische Kontrolle von FRONTEX weiter ausgebaut werden.

Es darf nicht sein, dass immer noch kein Solidaritätsmechanismus im Bereich der Asylpolitik greift und die Chance der Reform des Dublin-II-Systems diesbezüglich gerade vertan wurde. Menschenleben wie Schicksale werden aufgrund von behördlicher Willkür und politischer Untätigkeit entschieden. Antragsteller hängen später jahrelang in Verfahren fest, ohne einen Aufenthaltsstatus zu erlangen, der ihnen ein eigenständiges Leben und die Planung der eigenen Zukunft erlaubt. Sie werden zwischen Zuständigkeiten quer durch



Europa geschoben, Familien werden getrennt. Die mangelnde Solidarität mit den Erstaufnahmeländern und auch der teilweise praktizierte Umgang mit Flüchtlingen sind eine Schande für Europa. Dies schlägt sich in oft menschenunwürdigen Zuständen in den überfüllten Asylbewerber- und Asylbewerberinnen-Aufnahmelagern vor Ort nieder und führt mancherorts zu drastischer Ausbeutung von sich illegal in der EU aufhaltenden Personen. So bleiben die EU-Staaten entlang der Außengrenze oder Inselstaaten wie Malta und Zypern weiterhin mit großen Zahlen von Flüchtlingen alleingelassen und haben weitaus höhere Lasten zu schultern als die EU-Binnenstaaten. Es kann zudem nicht angehen, dass das krisenbelastete Griechenland nicht besser unterstützt wird, um menschenrechtliche Standards für Asylsuchende zu gewährleisten. Solidarität und politischer Wille sind gefragt, um in der EU ein echtes solidarisches System der Verantwortungsteilung zu errichten. Polen ist für die meisten Migrantinnen und Migranten aus osteuropäischen Ländern der erste Kontaktpunkt mit der EU. Deutschland und andere Binnenstaaten – oftmals das eigentliche Ziel der Migranten und Migrantinnen – dürfen hier nicht untätig zusehen.

Darüber hinaus sind unsachgemäße, populistisch geführte Debatten wie um die Wiedereinführung von Visa für serbische und mazedonische Bürgerinnen und Bürger schädlich und diskriminieren bestimmte Nationalitäten und Volksgruppen auf eine Art und Weise, die der EU nicht gut zu Gesicht steht. Vielmehr sollten bei spezifischem Unterstützungsbedarf von Volksgruppen wie z. B. Sinti und Roma maßgeschneiderte europäische Lösungen aufgezeigt werden, die auf Solidarität mit den Schwächsten und dem Abbau von Antiziganismus und damit einhergehenden Diskriminierungen beruhen.



# Energie und Klima

---

Wir wollen eine EU, in der die sauberen, erneuerbaren Energien die Energiequelle Nummer eins sind. In der EU der Zukunft stimmen die einzelnen Staaten ihre Maßnahmen für diese Energiewende miteinander und aufeinander ab und unterstützen sich bei der Energieversorgungssicherheit, ein solidarischer Energiebinnenmarkt entsteht. Die EU der Zukunft schützt natürliche Ressourcen inner- und außerhalb der eigenen Grenzen. Klima- und Umweltschutzziele bleiben keine Lippenbekenntnisse, sondern werden zu verbindlichen Vorgaben. Gemeinsam werden grüne Technologien weiterentwickelt und eingesetzt.

---

## Energie- und Klimapolitik: Unterschiede respektieren, Gemeinsamkeiten nutzen

Eine Energiewende in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien kann nur mit gemeinsamer Anstrengung aller EU-Staaten gelingen und kann nur Wirkung entfalten, wenn sie von so vielen Ländern wie möglich proklamiert und auch unterstützt wird. Die große Herausforderung ist, die bislang von Deutschland initiierte Energiewende zu einem gemeinsamen europäischen Projekt zu machen. Eine zukünftige europäische Energiepolitik sollte die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Mitgliedstaaten analysieren sowie berücksichtigen und zugleich Impulse für zukunftsweisende Veränderungen setzen. Momentan fehlt es jedoch noch an Verständnis für die unterschiedlichen energiepolitischen Positionen in Europa. Die deutsche Energiewende muss sich europäisch öffnen und im Dialog mit den Nachbarländern weiterentwickelt werden.

Die jeweiligen nationalen Energie- und Wirtschaftsstrukturen, genauso wie unterschiedliche politische Diskussionen und gesellschaftliche Wertigkeiten, erfordern dabei jeweils unterschiedliche Politiken. Als Industriestaaten in der Mitte Europas haben Deutschland und Polen jedoch eine große Chance, nachhaltige Energiepolitik gemeinsam zu entwickeln.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang gemeinsame Visionen und verbindliche Ziele im Rahmen der europäischen Zielvorgaben, zu deren Erreichen maß-



geschneiderte Zeiträume und Schritte für einzelne Länder gefunden werden müssen. Das bedeutet notwendigerweise Unterstützungsleistungen für die stärker vom strukturellen Wandel und Innovationsbedarf betroffenen Staaten. Die Vernetzung konventioneller und erneuerbarer Stromerzeugung sowie das Zusammenwachsen der deutschen und polnischen Netzinfrastruktur sind anspruchsvolle Herausforderungen, bieten aber auch Möglichkeiten für technologische Innovationen. Auch die Modernisierung der stark kohlebasierten polnischen Strom- und Wärmeversorgung kann zu einem wichtigen Feld deutsch-polnischer Zusammenarbeit ausgebaut werden. Die bisherigen Erfahrungen vor allem in Ostdeutschland zeigen, dass ein hoher Anteil von erneuerbaren Energien und effiziente, flexible Kohleverstromung als Brückentechnologie kein Gegensatz sein müssen, sondern sich gegenseitig sinnvoll ergänzen können. Eine wirkliche Veränderung der Energiewirtschaft setzt dabei aber einen Vorrang der Erneuerbaren Energien voraus.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien setzt einen darauf abgestimmten Netzausbau und die Entwicklung von Speichern für aktuell nicht genutzten Erneuerbaren Strom voraus. Diese Entwicklung bedarf der konsequenten staatlichen Förderung.

Aber Energie ist mehr als Strom. Eine umfassende Energiewende verändert die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität. Über Power to Gas, Wasserstoffmobilität und Power to Heat wird es mittelfristig möglich, ein Energiesystem aufzubauen, das die Erneuerbaren Energien wirklich umfassend integriert, die Netzstabilität sichert und in eine CO<sub>2</sub>-arme Zukunft führt. Hierfür braucht es die entschlossene Unterstützung der Politik beider Länder im europäischen Rahmen.

Langfristig muss ein umweltgerechtes Alltagsverhalten für jede und jeden möglich sein. Dies hat Konsequenzen für Produktion und Konsum, innovative Ansätze wie „Cradle-to-cradle“ (organisches und technologisches Recycling) oder ökologische Landwirtschaft bedürfen großzügigerer öffentlicher Förderung, so dass es keine Nischenmärkte bleiben.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich Deutschland und Polen als fortschrittliche Partner für ambitionierte und verbindliche Klimaschutzziele auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Die Energiewende bedarf aber auch der lokalen Aktivierung vor Ort mit einer energiepolitisch aktiven Zivilgesellschaft. Europaweit sollte für Veränderungen beim Konsumverhalten im Alltag durch bildungspolitische, aktivierende oder sanktionierende Maßnahmen gesorgt werden. Auch in der ökologischen Lebensmittelwirtschaft kann das deutsch-polnische Tandem als Ideengeber für



Europa fungieren. Grenzüberschreitende Forschung und Entwicklung müsste im energie- und klimapolitischen Bereich gestärkt werden, insbesondere bei technologischen Fragen, aber auch bei den sog. „grünen Industrien“. Deutschland und Polen brauchen eine Energieversorgung, die innovativ ist, eine hohe Versorgungssicherheit bietet und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften nicht gefährdet.

Im Bereich des Ausbaus der CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft sind Deutschland und die EU weltweit führend. Gleichzeitig dürfen sich weder Deutschland noch die EU auf diesen Lorbeeren ausruhen. Das nötige Maß an Selbstkritik darf nicht verloren gehen: Alle westlichen Industriestaaten gehören trotz ihres technologischen Fortschritts nach wie vor zu den größten Umweltverschmutzern und CO<sub>2</sub>-Produzenten weltweit. Es gilt jetzt mehr denn je, sich auch in der Vorbildrolle beständig weiterzuentwickeln und weltweit für die CO<sub>2</sub>-arme Industrie eine Lanze zu brechen.

## Für einen solidarischen Energiebinnenmarkt

Unsere Vision und ein konkretes Ziel ist ein echter solidarischer EU-Energiebinnenmarkt für möglichst alle verwendeten Energieträger. Dieser würde den Forderungen nach Energieversorgungssicherheit und der Beschleunigung der Energiewende gerecht werden. Durch den Ausbau und die Integration von Infrastruktur wie Leitungsanlagen, Grenzkoppelstellen sowie (virtuelle) Speicheranlagen würde eine optimierte Vernetzung des deutsch-polnischen sowie europäischen Energienetzes gelingen. Eine aktive Energieaußenpolitik sollte einen europäischen Fördertopf für ressourcenschonende Energieinnovationen für in dieser Hinsicht weniger entwickelte Länder der Welt einrichten. Wir brauchen eine umfassende Strategie des sozialökologischen Umbaus, um auch die weniger finanzstarken Länder mitzunehmen.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der Verbrauch wichtiger Rohstoffe gedrosselt und vollständig auf nachwachsende Ressourcen und effizientere Technologie umgestellt wird. Dabei finden wir elementar, dass sie demokratisch und dezentral erfolgt und nicht neue gigantische Energie-Monopole entstehen, welche eher auf Gewinne als auf Klimaziele oder Verbraucherinteressen aus sind. Wege hierfür sind die Förderung von lokaler Stromversorgung aus lokal verfügbaren erneuerbaren Energien, die Förderung von Energiekooperativen, die Rekommunalisierung von Stadt- sowie Wasserwerken (bzw. deren Verbleib in öffentlicher Hand) und die Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließlich an klimafreundliche Unternehmen. Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke können den Unternehmen helfen, Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren und zugleich effizientere Industrieanlagen zu betreiben.

## Erzeuger und große Verbraucher stärker in die Pflicht nehmen

Überall in Europa sollte mehr Gerechtigkeit geschaffen werden durch die Umverteilung der Kosten für die Energiewende von den kleinen Verbraucherinnen und Verbrauchern hin zu den Erzeugerinnen und Erzeugern und der Industrie. Europaweit wäre es dringend geboten, die jeweiligen Unternehmen entsprechend ihrer Ressourcennutzung zur Verantwortung zu ziehen. Hier hat insbesondere der Verkehrs- und Automobilbereich in der Vergangenheit eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung erfahren. Dagegen hat kaum Fortschritt beim nachhaltigen Verkehr stattgefunden. Auch eine neue, noch weitgehende Reform für den Handel mit Emissionszertifikaten, welche den Preis der fossilen Energieträger um ihre ökologischen Kosten ergänzen würde, ist dringend notwendig.

Energieeffizienz ist hierbei und darüber hinaus ein bisher vollkommen unterschätztes, jedoch das ressourcenschonendste Feld, welches bisher auf EU-Ebene kaum gefördert und bei Missständen nicht sanktioniert wird. Man sollte auf positive Anreizsysteme setzen. Deutschland könnte hier ein Vorbild für europäische Anreizsysteme bieten – z. B. im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden. Zur Orientierung der Konsumentinnen und Konsumenten und zur Vermeidung von ungerechtfertigtem „Greenwashing“ könnte ein europäisches Prüfsiegel oder eine Rangliste für klima- und ressourcenschonendes Wirtschaften von Unternehmen und Konzernen, entwickelt werden.

## Für ein atomenergiefreies Europa

Deutschland blickt mit Sorge auf die polnischen Pläne zum Bau von Kernkraftwerken. Eine Realisierung dieser Pläne ist zwar kurzfristig nicht zu erwarten, die Atomenergie erscheint vielen in Polen jedoch als Garantin für Energieversorgungssicherheit und -unabhängigkeit.

Dieses Bedürfnis ist berechtigt und muss von Deutschland zunächst einmal akzeptiert werden. Es gilt jedoch auch: Atomenergie in einem Land gefährdet alle anderen. Unser Ziel ist ein atomfreies Europa. Die Lösung muss sein, andere Wege hin zur Energiesicherheit und -unabhängigkeit durch nachhaltige und saubere Energie zu finden. Es genügt nicht, Polen an den Pranger zu stellen. Und auch an dieser Stelle darf sich Deutschland als „Vorreiter“ beim Atomausstieg (der von konservativer Seite allerdings nach Kräften verzögert wurde und wird) nicht selbstgefällig zurücklehnen. Die grenzüberschreitenden, zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Atomanlagen etwa an der deutsch-



französisch-belgischen Grenze zeigen, dass es eine europäische Debatte über Atomkraft in der Zivilgesellschaft längst gibt. Dies muss nun auch auf politischer Ebene ein noch stärkeres Echo finden. Es gilt hier, das vorhandene Sozialkapital der Zivilgesellschaft zu unterstützen und die Bevölkerung hinsichtlich der Vorteile und Nachteile aller Energiequellen umfassend zu informieren. Politikerinnen und Politiker – auch der kommunalen und regionalen Ebene – sollten eine enge deutsch-polnische Zusammenarbeit im Bereich der Energie- und Klimapolitik etablieren und so gegenseitig künftig vor Ort sinnvolle bilaterale Zusammenarbeitsprojekte identifizieren und gemeinsam angehen. Von deutscher Seite könnte bei diesem politischen Austausch insbesondere die Energiewende fokussiert werden.

# Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

---

**Wir bekennen uns zu einer materiellen Stärkung von Bildung und Ausbildung in Europa. Sie eröffnet Chancen und garantiert künftig umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Die Wissenschaft Europas muss angemessen gewürdigt werden. Wir setzen auf eine aktive Zivilgesellschaft in Europa samt einer kritischen europäischen Öffentlichkeit. Dadurch tragen wir zur Zukunftsfähigkeit und Stabilität der Demokratie in Europa bei und treten rechtspopulistischen wie -extremistischen Tendenzen entgegen.**

---

## Synergien für gesellschaftliche Teilhabe

Die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stellen drei Bereiche dar, in denen den Gefahren der Ausgrenzung von sozial Schwächeren von gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Partizipation begegnet werden kann. Dies sollte sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf bilateraler sowie auf Ebene der Europäischen Union geschehen. Auch wenn die Europäische Union in allen drei Bereichen keine eigenen Kompetenzen hat, übernimmt sie eine wichtige Rolle durch die Koordinierung von Reformprozessen (Bologna), die Durchführung gemeinsamer Forschungsprogramme (8. Forschungsrahmenprogramm) und Programme zur Stärkung des Austausches (ERASMUS/ Leonardo da Vinci) und der Zivilgesellschaft (Europe for Citizens Programme). Für alle drei Bereiche bieten sich aber auch gemeinsame deutsch-polnische sowie einzelne deutsche und polnische Erfahrungen an, die zu guter Bildung, einer innovativeren Wissenschaft und einer gestärkten Zivilgesellschaft führen können.

## Jungen Menschen durch Bildung und Ausbildung Chancen bieten

Gute Bildung erhöht die Chancen junger Menschen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und am wirtschaftlichen Erfolg in Europa zu partizipieren. Bildung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erst dort, wo über den Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium nicht die Herkunft entscheidet, wird sozialer Aufstieg möglich. In strukturschwachen Räumen, die zusätzlich vor demografischen Herausforderungen stehen, erhöht Bildung die Chance, dass innovative Lösungen für lokale und regionale Probleme



gefunden werden. Beunruhigend sind weiterhin – z. B. in Deutschland – die Schulabbrecherquoten, hier besteht dringender Handlungsbedarf, um die soziale Integration nicht zu gefährden. Wir brauchen bessere Schulen, andere Lernkonzepte und Empowerment der einzelnen Schüler und Schülerinnen mit sozialen, familiären oder kulturellen Problemen. Hierzu wäre eine baldige Reform der Lehrerausbildung, zumindest in Polen und Deutschland, notwendig.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Europa ist mit einer Abnahme der Zahl von Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden zu rechnen. In einigen Ländern ist dies bereits Realität, andere Länder werden in absehbarer Zeit folgen. Um dennoch ausreichend qualifizierte Menschen in Europa auszubilden, bedarf es einer Innovations- und Investitionsoffensive in Schulen und Hochschulen. Kleinere Jahrgänge ermöglichen eine Verbesserung der Qualität der Bildungsangebote. Eine gezielte Aufrechterhaltung von Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum könnte dabei helfen, ungleiche Bildungschancen im Vergleich zu Ballungsräumen auszugleichen.

Grundsätzlich halten wir eine möglichst breite Förderung von Mehrsprachigkeit in Europa für sinnvoll. Neben Englisch sollte möglichst flächendeckend auch Unterricht in der Sprache eines weiteren EU-Mitgliedstaats angeboten werden. Die Bereitstellung europäischer Fördermittel für den Ausbau eines solchen Angebots könnte die Umsetzung erleichtern. Durch lebendigen Schul- und Jugendaustausch, Partnerstädte etc. kann das Interesse am Erlernen von Fremdsprachen früh geweckt werden.

## Eine Wissenschaft, die zündet

Leistungsfähige Wissenschaft basiert auf einem Wissenschaftssystem, das einen Wettbewerb über alle Disziplinen der Wissenschaft ermöglicht. Dies kann nur funktionieren, wenn der Zugang zu Lehre und Forschung nicht durch materielle Engpässe oder politische Beeinflussung bei Fächer- und Themenwahl gekennzeichnet ist. Wissenschaft sollte neben der Schaffung von Wertschöpfung zum Erhalt und Ausbau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit europäischer Gesellschaften auch dazu beitragen, durch innovative Ansätze die sozialen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Gute Wissenschaft stärkt dadurch die (Zivil-)Gesellschaft und bietet ihr neue Lösungswege an. Die Leistungsorientierung und das Streben nach Exzellenz dürfen nicht dazu führen, dass die Eingangstüren in die Wissenschaft für viele verschlossen bleiben und einige Einrichtungen stark gefördert werden, während andere leer ausgehen. Alle Studierenden mit Bachelor-Abschluss sollen grundsätzlich auch einen Masterstudienplatz erhalten können.

## Die Kraft der Zivilgesellschaft

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung für funktionierende demokratische Prozesse in Europa und in seinen Mitgliedstaaten. Bildung und das



dabei erworbene Wissen ist Voraussetzung für politische Partizipation und den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Auswahl der richtigen Lösungswege für aktuelle Herausforderungen. Eine mobilisierende Wissenschaft nimmt die Funktion eines Innovators ein und analysiert und beschreibt Lösungswege für aktuelle Probleme. So ist der Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Right2Water“ ermutigend. Die Bürgerinnen und Bürger der EU haben es erstmals erreicht, die Agenda der EU-Kommission aktiv mitzugestalten. Sowohl die EU als auch Politikerinnen und Politiker der Mitgliedstaaten sollten für die EBI werben und die Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung dieser Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf die europäische Politik im oft als „so fern“ wahrgenommenen Brüssel zu ermuntern. Wir halten es für wichtig, das Instrument der direkten Demokratie in der EU zu stärken. Falls das Instrument durch den EU-Gesetzgeber noch weiter verbessert werden kann, gilt es, hierfür baldmöglichst notwendige Reformen in Gang zu setzen.

Wo die Fähigkeit zu organisiertem und spontanem zivilgesellschaftlichem Engagement fehlt, leidet auch die Demokratie an sich. Politik ist dann nicht mehr ein iteratives Verfahren zur Auswahl der besten Entwicklungspfade einer Gesellschaft und angemessener Mittel zur Kontrolle von politischen Institutionen, sondern wird zu einer gesichtslosen Verwaltung politischer Prozesse. Dies führt zur Zunahme von Perspektivlosigkeit und in der Folge zu Frustrationen mit einer erhöhten Anfälligkeit für schlechte Politik oder gar populistische und extremistische Einflüsse.

## Rechtspopulismus und -extremismus europaweit im Keim ersticken

Deutschland und Polen sind ebenso wenig von rechtspopulistischen und -extremistischen Tendenzen frei wie andere EU-Staaten der letzten Jahre anderswo in Europa (z. B. die rechtsextremistischen Anschläge in Norwegen), aber auch in Deutschland (allem voran die Morde der NSU-Terrorzelle) und in Polen (z. B. der vereitelte rechtsradikale Anschlagversuch auf die Regierungsinstitutionen und die jüngsten neonazistischen und antisemitischen Vor- und Störfälle) beweisen, dass die europäische liberale Demokratie immer wieder aufs Neue gefestigt und verteidigt werden muss. Wir unterstützen die Forderung nach einer gesamteuropäischen Strategie gegen Rechtsextremismus. Hierfür bedarf es einer eindeutigen politischen Schwerpunktsetzung, wirksamer legaler und repressiver Strategien und entsprechender Mittelausstattung. Der Schutz und die Stärkung von Minderheiten sind zu gewährleisten. Wir fordern hier auch, dass die Vorbeugungsarbeit in Hinsicht auf rechte bzw. rassistische, antisemitische und islamophobe und ähnlich geartete Tendenzen eine notwendige Würdigung und Aufwertung erfährt. Das bedeutet, dass gesellschaftspolitische Bildung und demokratische Erziehung von klein auf, auch durch die Förderung bestehender zivilgesellschaftlicher Initiativen und Vereine, überall in Europa Realität werden muss.



# Erweiterungspolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik

---

Wir wollen eine EU, die international handlungsfähig ist. Sie tritt glaubwürdig für Frieden und Demokratie ein. In der Außen- und Sicherheitspolitik spricht sie mit einer Stimme und setzt auf mehr Koordinierung statt auf nationale Einzelinteressen. Die EU der Zukunft bleibt offen für beitrittswillige Länder und engagiert sich in ihrer Nachbarschaft.

---

## Europa in der Welt

Es ist offensichtlich, dass die einzelnen Staaten Europas international an Bedeutung verlieren und sich Gewichte im globalen Gefüge verschieben. Dies gilt in besonderem Maße auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU sollte bereit und in der Lage sein, auch über die eigenen Grenzen hinaus mehr Verantwortung zu übernehmen. Sie präsentiert sich jedoch in entscheidenden Momenten ein ums andere Mal als gespalten und riskiert dabei ihre Glaubwürdigkeit – so zuletzt beispielsweise während des Arabischen Frühlings, in der Frage nach einem militärischen Eingreifen in Libyen oder in Mali. Ohne die NATO bzw. die USA stünde die EU im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich oftmals schlecht da. Dies liegt auch daran, dass Europa und seine Mitgliedstaaten vorrangig mit der Bekämpfung der inneren Krise befasst sind und kaum die Kraft für Impulse in der Außenpolitik aufbringen können. Der Wirtschaftsriese Europa erscheint vielfach als ein außen- und sicherheitspolitischer Zwerg. Die Außen- und Sicherheitspolitik bleibt in erster Linie nationalstaatlich gelenkt. Auch Deutschland und Polen sind in den letzten Jahren außenpolitisch nicht immer denselben Weg gegangen (siehe Irakkrieg) und setzten unterschiedliche Akzente. Dennoch bietet die Außen- und Sicherheitspolitik, die Komponente Verteidigungspolitik eingeschlossen, viel Potenzial für den weiteren Abbau nationalstaatlicher Bastionen hin zu einem geeinten Europa, das international handlungs- und führungsfähig ist.

## Mehr europäische Koordinierung in der GASP/GSVP

Eine entscheidende Stärkung europäischer Koordinierung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) / Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) kann durch eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen erreicht werden. Dies verlangt von den einzelnen Mitgliedstaaten die Abgabe von Souveränitätsrechten an die Gemeinschaft, ist jedoch gleichzeitig die einzige Chance für Europa als Ganzes, international handlungsfähig zu bleiben.

Anstatt sich auf nationale außenpolitische Profilierung sowie den Ausbau und Erhalt eigener Einflussbereiche zu konzentrieren, wäre die Stärkung der EU in internationalen Strukturen vonnöten. So wäre ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat (ebenso in IWF und Weltbank) erstrebenswerter als ein deutscher Sitz. Die Stärkung und der weitere Ausbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und eine enge Verzahnung mit den nationalen diplomatischen Diensten sollten Priorität haben. Gerade die großen EU-Mitgliedstaaten sollten noch stärker als bisher auf den EAD zurückgreifen und ihn als Repräsentant der EU weltweit stärken.

Für die europäischen Verteidigungskapazitäten ist Pooling und Sharing, also die Bereitstellung militärischer Kapazitäten durch Mitgliedstaaten auch für andere Mitgliedstaaten, der richtige Weg in Zeiten schrumpfender Etats und steigender Herausforderungen an Europa. Deutschland und Polen könnten Pionierarbeit leisten, beispielsweise durch den Aufbau einer gemeinsamen Marine der EU-Ostseerainer. Mittel- bis langfristig sollte eine Europäische Armee entstehen. Einsätze dieser Armee sollten – bei Vorrang politischer und ziviler Mittel – als Ultima Ratio zur Friedenssicherung und der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen („Responsibility to protect“) im engen Rahmen des Völkerrechts und nach klaren Kriterien erfolgen. Die nötige demokratische Legitimation sollten Einsätze europäischer Streitkräfte durch das Europäische Parlament erhalten. Die Rolle des Europäischen Parlaments in der parlamentarischen Kontrolle der GASP und GSVP sollte entscheidend gestärkt werden. In der 2012 geschaffenen Konferenz zur parlamentarischen Kontrolle der GASP/GSVP ist es verglichen mit den nationalen Delegationen schwach vertreten. Allerdings hat diese Konferenz ohnehin bislang kaum Entscheidungsbefugnisse.

Die EU sollte sich international noch mehr für Abrüstung, eine kernwaffenfreie Welt und eine strenge Kontrolle von Rüstungsexporten einsetzen und



auch hier zu einem einheitlicheren Vorgehen gelangen. Deutschland als bedeutendem Rüstungsexporteur kommt eine besondere Verantwortung zu. Restriktive, einheitliche und transparente europäische Regelungen und eine Zustimmungspflicht des Europäischen Parlaments zu Waffenlieferungen aus der EU könnten Rüstungsexporte eindämmen.

## Europa bleibt offen: Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik

Das wichtigste außenpolitische Handlungsfeld der EU liegt in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Es liegt im ureigenen Interesse der EU, den Raum des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität, den sie verkörpert, um europäische Länder zu erweitern und die Entwicklung ihrer Nachbarschaft hin zu Demokratie und Stabilität zu befördern. Die Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Osteuropas, darunter Polen, ist eine Erfolgsgeschichte. Nun liegt der Fokus vor allem auf den Ländern des Westlichen Balkan, von denen mit Kroatien bereits das erste Land den Schritt in die EU getan hat. Für die teilweise bis jetzt von ethnischen Konflikten, politischer Instabilität und schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen geprägten Länder der Region ist die EU-Beitrittsperspektive der wichtigste Reformmotor. Dies zeigen beispielsweise die jüngsten Fortschritte im schwierigen Verhältnis zwischen Serbien und Kosovo. Auch gegenüber dem Beitrittskandidaten Türkei sollte sich die europäische Politik entkrampfen. Ein Wiederaufleben der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wird Reformen und ein Einhalten europäischer Maßstäbe wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei eher voranbringen als Blockadepolitik. Die jüngsten Proteste in der Türkei haben gezeigt, wie viele Bürgerinnen und Bürger dort für Demokratie, Mitbestimmung und gegen autoritäre Bestrebungen aufstehen. Die Tür in die Europäische Union sollte daher offen bleiben. Zudem wäre es ein Fehler, die Türkei angesichts ihrer handels- und sicherheitspolitischen Bedeutung nicht möglichst eng an die EU anzubinden.

Ein Infragestellen der bereits zugesagten europäischen Perspektive der Staaten des Westlichen Balkans und der Türkei schadet deren Reformdynamik und ist unfair und unehrlich. Die EU muss Offenheit signalisieren: wer die zu Recht anspruchsvollen Beitrittskriterien erfüllt, kann beitreten. Ein Aufweichen von Kriterien ist ebenso falsch wie die kategorische Absage an (potenzielle) Beitrittskandidaten, auch wenn diese noch weit von einem EU-Beitritt entfernt sein mögen. In den oft von Verslossenheit und Populismus geprägten Debatten über EU-Erweiterung sollten Polen als erfolgreiches „Jungmitglied“ und Deutschland als einflussreiche Stimme und zuletzt leider oft Bremser gemeinsam für ein faires Vorgehen gegenüber beitriftswilligen Ländern streiten. Bei-

trittsverhandlungen sollten zu einem früheren Zeitpunkt beginnen und dann ggf. länger andauern, um sie als Auslöser und Motor von Reformdynamiken optimal zu nutzen.

In laufenden und zukünftigen Prozessen europäischer Integration sollte die Einbindung der Zivilgesellschaft beitragswilliger Länder deutlich gestärkt werden, sei es bei der Ausarbeitung von Benchmarks und Fortschrittsberichten oder auch bei der Führung von Beitrittsverhandlungen. Eine stärkere Förderung des Austauschs mit den Zivilgesellschaften der EU-Mitgliedstaaten würde auch innerhalb der EU die Akzeptanz für Beitritte in der Bevölkerung erhöhen. So sollten beispielsweise auch Studierende aus den Kandidatenländern des Westlichen Balkan am Erasmus-Programm teilnehmen können. Die wichtigste Brücke in die EU für die Zivilgesellschaft führt über Abkommen zur Visaliberalisierung.

Die Länder, mit denen sie im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) kooperiert, sind keine einfachen Partner für die EU. Sowohl in der Östlichen Partnerschaft als auch in der südlichen Dimension ist die EU mit Nachbarn konfrontiert, die als Transitionsländer oder autoritär regierte Staaten teils schwerwiegende Demokratiedefizite aufweisen und häufig sehr instabil sind. Gleichzeitig haben zuletzt die Rebellionen in Nordafrika gezeigt, wie viel Potenzial für Umbruch und Veränderung besteht. Die EU muss stets Demokratisierung und die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte einfordern. Dennoch sollten positive Entwicklungen nicht die Bedingung für die Kooperation der EU mit den ENP-Ländern sein, sondern das Ziel.

Polen ist ein besonders engagierter Akteur in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, insbesondere gegenüber den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Deutschland sollte dieses Engagement nach Kräften unterstützen. Für die Länder der Östlichen Partnerschaft sollte EU-weit visafreies Reisen ermöglicht werden, um gesellschaftliche Kontakte zu erleichtern und die EU im doppelten Wortsinn erfahrbar zu machen. Die Förderung von Jugend- und Studierendenaustausch sollte eine hohe Priorität haben, ebenso eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft. Auch in der südlichen Nachbarschaft sollte ein Schwerpunkt auf die Förderung einer kritischen und demokratisch orientierten Zivilgesellschaft gelegt werden. Mehr Aufmerksamkeit sollte dabei demokratiefördernden Institutionen wie z. B. den politischen Stiftungen gewidmet werden, um auf schnelle, flexible und unbürokratische Weise in den Ländern der ENP Demokratisierungsprozesse und deren Akteure zu fördern.

## Gemeinsam einen engen Draht zu Russland halten

Sowohl für Deutschland als auch für Polen sind die Beziehungen zu Russland von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig gestalten sich die deutsch-russischen bzw. polnisch-russischen Beziehungen sehr unterschiedlich und nicht frei von Schwierigkeiten und Interessensunterschieden. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – können Deutschland und Polen in bestimmten Bereichen gemeinsam vorangehen und die EU-Russland-Beziehungen aktiv und zukunftsorientiert gestalten. Neben der Energiepolitik könnten dies vor allem die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft, Russlands konstruktive Einbeziehung in die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft oder die Nutzung seiner potenziellen Vermittlerrolle in Syrien und bei anderen Ländern sowie eine Stärkung gesellschaftlicher Kontakte sein. Eine ehrliche kritische Haltung gegenüber den Entwicklungen in der russischen Innenpolitik tut dabei ebenso Not wie die Bemühung darum, dass sich Russland gegenüber der EU nicht isoliert. Hierfür muss auch eine neue Art von deutsch-polnisch-russischer sowie europäisch-russischer Partnerschaft ausgearbeitet werden. Europa braucht Russland und Russland braucht Europa.

# Bilaterale Beziehungen

---

Wir fordern eine lebendige deutsch-polnische Partnerschaft, die sich von der Rhetorik und Symbolik der vergangenen Versöhnungspolitik abhebt. Es geht hierbei nicht darum, geschichtliche Themen zu meiden, sondern eine neue, lebendige Diskussionskultur zu pflegen. Die Jugend und die Zivilgesellschaft sind hierbei wichtige Multiplikatoren. Impulse für die Zusammenarbeit in konkreten Politikfeldern zwischen politischen Institutionen sollten von beiden Seiten engagiert gesetzt werden. Die notwendige Infrastruktur sollte hierfür selbstverständlich zur Verfügung stehen.

---

## Aktive Bilaterale Beziehungen ohne Routine

In der Wahrnehmung der politischen Eliten und der medialen Öffentlichkeit sind bilaterale Fragen gegenüber den gesamteuropäischen in den Hintergrund getreten. Dennoch bleibt die deutsch-polnische Nachbar- und Partnerschaft etwas Besonderes. In der Politik dominierte in der Vergangenheit oft die Symbolik, was über lange Zeit erforderlich und wichtig war. Auch heute müssen deutsch-polnische Wegmarken der Geschichte in der Politik sichtbar bleiben und die Beziehungen auch symbolisch gepflegt werden.

Dies reicht jedoch nicht aus und ist auch angesichts der Entwicklung der Beziehungen weniger existenziell geworden. Die deutsch-polnischen Beziehungen, gerade auf der nichtstaatlichen Ebene, haben im Laufe der letzten Jahre eine Qualität und Dichte erreicht, die bei der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages 1991 noch undenkbar gewesen wären. Auch wenn wir in diesem neuen Abschnitt der guten bilateralen Beziehungen angekommen sind, dürfen die Defizite und Bedürfnisse der Zivilgesellschaften zwischen Deutschland und Polen nicht ignoriert werden. Denn seit geraumer Zeit dient die Zivilgesellschaft als Motor für die deutsch-polnischen Projekte, indem sie die staatlichen Akteure auf neue Handlungsbedarfe hinweist und so die bilateralen Beziehungen antreibt. Diese Basis ist notwendig, um das erfolgreich gebaute Fundament unserer Beziehungen weiter zu stabilisieren und zu pflegen.

## Geschichtliche Themen sinnvoll begleiten

Die jüngsten Auseinandersetzungen um den Spielfilm „Unsere Mütter, unsere Väter“ führen es erneut vor Augen: Die Geschichte bleibt ein sensibles



Thema der deutsch-polnischen Beziehungen. Es offenbarte sich einmal mehr die Notwendigkeit, historische Fragen mit einem Höchstmaß an Empathie für die Sichtweisen des Nachbarn zu behandeln. Hierzu fehlt es immer wieder an Sachkenntnis und daraus erwachsendem Einfühlungsvermögen. Ein inhaltlich sinnvoll ausgerichteter, finanziell gut ausgestatteter deutsch-polnischer Filmfonds für gemeinsame Regieprojekte, welcher im europäischen Geiste und auf eine moderne Art und Weise konstruktive Lehren aus der Geschichte zieht, könnte sinnvolle Anreize bei an sich unabhängigen Produktionen bieten. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuches zur europäischen Geschichte ist ein sehr wichtiges Projekt, welches – von der Politik immer wieder gefordert und angepriesen – möglichst gut wie schnell vorankommen sollte. Nach dem Erscheinen muss es darum gehen, dass das Buch den jeweiligen Unterrichtsmethoden angepasst in der historischen und politischen Bildung auch möglichst breit eingesetzt wird.

## Gemeinsame Debatten in Europa anstoßen

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem Problemfall zu einem Erfolgsmodell in Europa entwickelt. Diese in der Geschichte einzigartige Situation muss genutzt werden, um den Blick nicht nur auf die Bilateralität zu richten. Entscheidend wird in der Zukunft sein, ob es gelingt, ein dynamisches Tandem in Bewegung zu setzen, welches aktuelle europäische Herausforderungen in zivilgesellschaftlichen Debatten progressiv adressiert. Gleichzeitig müssen in defizitären Bereichen gemeinsam Projekte und Impulse angestoßen werden, um die Erfolgsfaktoren des deutsch-polnischen Verhältnisses auch in die EU hinein und darüber hinaus übertragen zu können.

## Auf die Jugend setzen

Die Bedeutung der Begegnung von Kindern und Jugendlichen beider Länder im Rahmen der Tätigkeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes wird seit Jahren von den politischen Akteuren offiziell gewürdigt. Es gilt jedoch, die finanzielle Ausstattung des Jugendwerkes zu verbessern, damit zukünftig eine größere Zahl konkreter Maßnahmen gefördert werden kann. Ein freiwilliges soziales Nachbarschaftsjahr könnte darüber hinaus helfen, die Qualität der Begegnungen zwischen jungen EU-Bürgerinnen und -Bürgern nachhaltig zu verbessern. Zudem würden dabei das Interesse für den jeweiligen Nachbarn geweckt und Sprachkenntnisse gefördert. Auch der Austausch zwischen Jugendlichen in der Ausbildungsphase bzw. zwischen Berufsschulen sollte stärker in den Blick rücken, damit der deutsch-polnische Austausch der Zukunft von der breiten Gesellschaft mitgetragen wird.



## Regionale Zusammenarbeit handlungsfähig machen

Strukturen wie die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit sollten dahingehend reformiert werden, dass in ihnen ein wirklicher Austausch zwischen den Grenzregionen und den nationalen Regierungen stattfinden kann. Die deutsch-polnische Grenzregion braucht einen gesamtstrategischen Ansatz und eine lebendige Kommunikationsstruktur, um die bestehenden Kooperationschancen voll auszuschöpfen. Berlin und Warschau sollten regionale Anliegen willkommen heißen und ernsthaft bearbeiten. Beispielsweise bietet sich im Ostseeraum eine engere Zusammenarbeit mit anderen Anrainerstaaten an, vor allem in Umwelt- und Infrastrukturfragen, aber auch kulturell – sowohl in Gremien wie dem Ostseerat als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Für das deutsche Ruhrgebiet und die schlesische Region bietet sich sicherlich ein intensiver Erfahrungsaustausch in Fragen der langfristigen Abkehr von Kohle als Energiequelle und einer umfassenden wirtschaftlichen und kulturellen Regionalentwicklung an. Zudem könnte sich auf Ebene der deutsch-polnischen Städtepartnerschaften eine Plattform für den Erfahrungsaustausch im Umgang mit Migrations- und Integrationsfragen als ein spannendes Zukunftsprojekt darstellen, da auch Polen vermehrt zum Zielland von Migrantinnen und Migranten wird.

Ferner ist auf die deutsch-polnische Grenzriminalität ein sachlicher Blick angebracht: Tatsächlich sind die Zahlen gegenüber den 1990er Jahren insgesamt zurückgegangen, allerdings gibt es seit der Schengen-Erweiterung vor allem in der Grenzregion wieder einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen. Die Politik sollte darauf weiterhin mit Sachlichkeit und Besonnenheit reagieren, um die Akzeptanz für den freien Personenverkehr nicht zu gefährden. Zugleich sollte die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Zoll kontinuierlich verbessert werden, z. B. durch Abschluss der Verhandlungen über ein neues Polizeiabkommen.

## Schnelle Verkehrsverbindungen müssen Priorität haben

Wir halten moderne und schnelle Verkehrsverbindungen für unerlässlich für die wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Verbindung beider Länder – insbesondere im Grenzraum. Ob es Deutschland und Polen gelingt, hier bald zu relevanten Fortschritten zu kommen, ist auch ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit von Absichtserklärungen. Während im grenzüberschreitenden Straßenbau die notwendigen Investitionen getroffen wurden, ist der Zustand des Schienenverkehrs immer noch völlig unzureichend. Zwar konnten einige Abkommen geschlossen werden (Elektrifizierung Berlin-Stettin, Eisenbahnrahmenabkommen), doch ist der Weg zu konkreten, spürbaren Verbesserungen für die Fahrgäste viel zu lang. Planungen und rechtliche Rahmenbedingungen müssen stärker priorisiert werden und die nötigen Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Bei Bedarf sollten auch unverzüglich EU-Fördermittel abgeschöpft werden.

# Fazit und Ausblick

---

Das vorliegende Papier stellt unsere Visionen und praxisorientierte Ideen für die Errichtung eines echten solidarischen Europa dar. Wir lassen uns bei unseren Ideen nicht von nationalstaatlichen Ansätzen leiten, sondern sehen den richtigen Weg in gemeinschaftlichen Lösungen. Die Zukunft der EU darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Daher muss eine neue, demokratisch abgesicherte Integrationsstufe angestrebt werden.

Unsere gemeinsame Zukunftsvision für Europa basiert auf den Säulen der Chancengleichheit, Solidarität, Freiheit, Schonung natürlicher Ressourcen sowie auf gesellschaftlicher, politischer und sozialer Teilhabe. Ein neues starkes Europa kann nicht zuletzt Anreize für eine sozial-ökologische Entwicklung auch in anderen Weltregionen setzen. Wir wollen möglichst bald eine politische Union, die auf diesem Wertefundament basiert und in der Politik und Wirtschaft den Bürgerinnen und Bürgern dienen, nicht umgekehrt. Eine weitergehende Demokratisierung der EU und ihre Stärkung durch eine aktive Zivilgesellschaft, die eine kritische Öffentlichkeit bildet, sind hierfür unumgänglich.

Im Bewusstsein der leidvollen Vergangenheit unseres Kontinents sowie der anhaltenden Krisensituation ist uns jüngeren Europäerinnen und Europäern aus Polen und Deutschland Europa so wertvoll, dass wir dringend von den politischen und wirtschaftlichen Führungspersonen in der EU die notwendigen Reformen fordern, die Europa dauerhaft krisenfest machen. Wir rufen daher die deutschen, polnischen und europäischen Politikerinnen und Politiker aller Parteien auf, sich aktiv für eine solche starke, mutige und solidarische Europäische Union der Zukunft einzusetzen.

# Literatur

---

Böhnke, Olaf; Kellner, Michael: Sieben Thesen für eine rot-grüne Außenpolitik nach Merkel. URL: <http://www.progressives-zentrum.org/dpz.php/cat/43/aid/1164>; Berlin, 2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Europa – Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70503/altersstruktur>; Bonn, 2013.

Dennison, Susi; Vaïsse, Justin: European Foreign Policy Scorecard. URL: [http://ecfr.eu/content/entry/european\\_foreign\\_policy\\_scorecard\\_2013](http://ecfr.eu/content/entry/european_foreign_policy_scorecard_2013); London, 2013.

Despot, Andrea; Reljić, Dušan; Seufert, Günter: Zehn Jahre Einsamkeit. URL: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A23\\_despot\\_rlc\\_srt.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A23_despot_rlc_srt.pdf); Berlin, 2012.

Dullien, Sebastian; Fichtner, Ferdinand: Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung für den Euroraum. URL: [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.410738.de/12-44-2.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.410738.de/12-44-2.pdf); Berlin, 2012.

Dullien, Sebastian; Schwarzer, Daniela: Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt. URL: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A27\\_dullien\\_swd\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A27_dullien_swd_ks.pdf); Berlin, 2009.

Geden, Oliver: Wie solidarisch ist Europa? URL: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Solidarischer\\_Energiebinnenmarkt\\_KS\\_Berliner\\_Republik\\_.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Solidarischer_Energiebinnenmarkt_KS_Berliner_Republik_.pdf); Berlin, 2009.

Hacker, Björn: Der Fiskalvertrag braucht ein Protokoll. Erweiterung um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09083.pdf>; Berlin, 2012.

Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta: Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf>; Berlin, 2011.

Machnig, Matthias: Ökologische Industriepolitik als Schlüsselement einer zukunftsfähigen Wirtschaft in Europa. URL: [http://www.feswar.org/pl/fes2009/pdf\\_doc/Matthias\\_Machnig\\_PL.pdf](http://www.feswar.org/pl/fes2009/pdf_doc/Matthias_Machnig_PL.pdf); Warschau, 2011.

Miłosz, Julita; Kotula, Andrzej: Polsko-niemieckie stosunki transgraniczne. URL: [http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka\\_CSM/Biuletyn\\_Niemiecki/Biuletyn\\_Niemiecki\\_36\\_Polsko-niemieckie\\_stosunki\\_transg.pdf](http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Biuletyn_Niemiecki/Biuletyn_Niemiecki_36_Polsko-niemieckie_stosunki_transg.pdf); Warszawa, 2013.



Schwarzer, Daniela: Eine politische Union für die Eurozone. URL: <http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/eine-politische-union-fuer-die-eurozone>; Berlin, 2012.

Syska, Michał (Hrsg.): Postępowe idee Europy Środkowej. URL: <http://lassalle.org.pl/wp2/wp-content/uploads/2011/06/OMSL-ProgressiveIdeas.pdf>; Breslau, 2012.

Syska, Michał (Hrsg.): Socjaldemokratyczna Polityka Społeczna. URL: <http://polityka-spoeczna.pl/>; Breslau, 2012.

Szwed, Dariusz; Maciejewska, Beata: Zrównoważony rozwój metropolii Silesia. URL: [http://www.feswar.org.pl/fes2009/pdf\\_doc/zrownowazony\\_rozwoj\\_metropolii\\_silesia.pdf](http://www.feswar.org.pl/fes2009/pdf_doc/zrownowazony_rozwoj_metropolii_silesia.pdf); Danzig, 2011.

Szwed, Dariusz; Maciejewska, Beata: Green Jobs in Poland. Potentials and prospects. URL: [http://www.fes-asia.org/media/publication/2012\\_GreenJobsInPoland\\_FES-EoT\\_Study\\_Szweed\\_Maciejewska.pdf](http://www.fes-asia.org/media/publication/2012_GreenJobsInPoland_FES-EoT_Study_Szweed_Maciejewska.pdf); o.A., 2012.





[www.feswar.org.pl](http://www.feswar.org.pl)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Die FES, von den Nationalsozialisten 1933 verboten und 1947 wiederbegründet, ist die älteste politische Stiftung Deutschlands.

Als eine gemeinnützige, private und kulturelle Institution ist die FES den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Sie unterstützt und betreibt politische und gesellschaftliche Bildung, fördert die Forschung und trägt zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit bei.

Darüber hinaus vergibt die Stiftung Stipendien und fördert jährlich rund 2700 Studierende und Promovierende aus dem In- und Ausland. Die Programme richten sich an begabte junge Menschen, die sich im Sinne der Sozialen Demokratie engagieren. Besonders berücksichtigt werden Talente aus hochschulfernen und finanzschwachen Haushalten oder mit Migrationshintergrund.

Neben den Niederlassungen in Bonn und Berlin unterhält die FES Vertretungen in über 100 Ländern. Das Büro in Warschau, das 1990 gegründet wurde, zählt zu einer der größten Auslandsvertretungen der Stiftung.

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen

Kostenloser Bezug bei:  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen  
ul. Podwale 11, 00-252 Warschau, Polen

© 2014 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen  
ul. Podwale 11, 00-252 Warschau, Polen  
[www.feswar.org.pl](http://www.feswar.org.pl)

Alle Rechte vorbehalten.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Layout und Druck: MyWorks Studio, Warschau

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der jeweiligen Beiträge die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Printed in Poland 2014

ISBN 978-83-64062-01-8

## Impressum

Dem Papier liegen zahlreiche Diskussionen und inhaltliche Debatten des Progressiven Netzwerks „Deutschland-Polen 2020“ zugrunde. Es spiegelt sowohl den Konsens wie zum Teil auch den Dissens wieder. Es ist also nicht zwangsläufig so, dass alle unten angeführten Personen des Progressiven Netzwerks alle hier dargelegten Thesen teilen. Auf jeden Fall handelt es sich aber um die private Meinung der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

## Mitglieder des Progressiven Netzwerks

Katharina Abels, Andrzej Ancygier, Anna Bachmann, Andrzej Ceglarz,  
Jan Jakub Chromiec, Radosław Ciszewski, Bartosz Dominiak, Tobias Dürr,  
Karolina Fuhrmann, Klara Geywitz, Karoline Gil, Gerd Harms,  
Dagmara Jajeśniak-Quast, Vinzenz Kratzer, Enrico Kreft, Marek Krzakała,  
Magdalena Latkowska, Emilie Mansfeld, Daniel Martinen, Mikołaj Maśluk-Meller,  
Kamila Mazurek, Markus Mildenberger, Julita Miłosz, Beata Molo, Paweł Moras,  
Daria Mudzo-Wieloch, Dietmar Nietan, Michał Nowosielski,  
Katarzyna Piotrowska, Anna Quirin, Clemens Schöll, Hanna Schudy,  
Ingo Schuster, Thomas Strobel, Michał Syska, Jarosław Szczukowski,  
Kacper Szulecki, Dariusz Szwed, Vera Trappmann

## Redaktion des Papiers

Katharina Abels, Emilie Mansfeld, Vera Trappmann,  
Knut Dethlefsen, Bastian Sendhardt